

Geldflüsse an Initiative „Heizen mit Öl“ beenden

In Zeiten der globalen Klimakrise ist die finanzielle Förderung von fossilen Energieträgern absolut unverantwortlich.

Sehr geehrter Herr Vorstandsvorsitzender Rainer Seele!

Wien, am 15. Mai 2018 - In Österreich entstehen derzeit klimabedingte Schäden in der Höhe von etwa einer Milliarde Euro pro Jahr. Wenn wir nicht entschieden gegensteuern, werden diese Schäden auf bis zu 8,8 Mrd. Euro pro Jahr ansteigen. Es geht hier um die steigende Gefahr von Vermurungen, Hochwasserschäden, Dürren und Ernteausfällen in der Landwirtschaft sowie um finanzielle Einbrüche im Wintertourismus, und es geht vor allem auch um den Schutz von Menschenleben. Wir alle sind massiv von einer drohenden Klimakrise gefährdet, auch deshalb hat Österreich die Verantwortung, seinen fairen Anteil zum Klimaschutz beizutragen.

Um eine weltweit unkontrollierbare Klimakrise noch zu vermeiden, wurde das Pariser Klimaschutzabkommen abgeschlossen. Österreich hat verbindliche und sanktionierbare Klimaziele der EU zu erreichen. Schaffen wir diese Ziele nicht, drohen Strafzahlungen in Millionenhöhe. Zuletzt hat Österreich eine halbe Milliarde Euro für die Verfehlung der Kyoto-Ziele bezahlt. Bitte stellen Sie sicher, dass die unternehmerischen Aktivitäten der OMV die Erreichung der für uns alle wichtigen Klimaziele nicht länger konterkarieren.

Derzeit ist das allerdings der Fall. Erst vor wenigen Wochen wurde bekannt, dass die staatsnahe OMV der wichtigste Geldgeber der Initiative „Heizen mit Öl“ ist, die den Einbau von neuen Ölheizungen in Österreich fördert und mit einer Werbekampagne propagiert. Es ist die klimaschädlichste Heizform, die derzeit noch in großem Stil auf dem Markt vertreten ist. Es ist auch die Heizform mit den größten Preisschwankungen. Stellen sich die Ölpreise wieder auf einem Niveau von vor einigen Jahren ein, kann es für einen Haushalt zu Mehrkosten von etwa 1.800 Euro pro Jahr kommen.¹ Es ist unsozial, zu versuchen, BürgerInnen auf Jahrzehnte abhängig von Öllieferungen zu machen und sie diesem hohen Preisrisiko auszusetzen.

Auch deshalb haben sowohl die Bundesregierung, als auch zahlreiche Bundesländer den Ausstieg aus der Ölheizung zu einem der Leitprojekte ihrer Klima- und Energiepolitik erklärt. Klimafreundliche und kostengünstige Alternativen sind vorhanden. Stoppen Sie daher bitte jetzt die Geldflüsse der OMV in Richtung der Initiative „Heizen mit Öl“ mit sofortiger Wirkung.

Die OMV hat den „UN Global Compact“ unterzeichnet, der einen Wertekompass für soziale und ökologische Standards darstellt.² Im Artikel 8 erklärt sich die OMV dazu bereit „Initiativen zu setzen, die zu einer größeren Verantwortung gegenüber der Umwelt führen“.³ Wir ersuchen Sie daher, zumindest gegenläufige Schritte zu unterlassen. Investieren Sie diese Mittel stattdessen in eine zukunftsorientierte Ausrichtung der OMV, damit diese ihren Platz in einem nachhaltigen Energiesystem findet, das auf effizienter Energienutzung und naturverträglicher, sauberer Energie beruht.

Diese großen Umstellungen brauchen Zeit, die wir nur dann haben, wenn wir unsere Zukunft nicht schon jetzt mit verfehlten Investitionen in ein veraltetes Energiesystem verbauen.

Mit freundlichen Grüßen,



Leonore Gewessler,
Geschäftsführerin GLOBAL 2000



Thomas Alge,
Geschäftsführer ÖKOBÜRO – Allianz
der Umweltbewegung



Reinhold Christian,
Präsident Forum Wissenschaft und
Umwelt und Vorsitzender Umweltma-
nagement Austria



Erwin Eder,
Geschäftsführer HORIZONT3000



Stephan Neuberger,
Obmann SOL - Menschen für Solidari-
tät, Ökologie und Lebensstil



Magdalena Heuwieser,
Sprecherin Finance and Trade Watch



Jane Goodall Institut - Austria

Diana Leizinger,
Geschäftsführerin Jane Goodall Insti-
tut – Austria



Gerald Pfifflinger,
Geschäftsführer UmweltDachverband



Abg. z NR Josef Muchitsch,
Bundesvorsitzender Gewerkschaft
BAU-HOLZ



Thomas Grabner,
Geschäftsführer, Südwind - Verein
für Entwicklungspolitik und Globale
Gerechtigkeit



Laura Grossmann,
System Change not Climate Change



SENAT DER
WIRTSCHAFT

Hans Harrer,
Vorstand des SENAT DER WIRT-
SCHAFT Österreich



Markus Piringer,
Leiter DIE UMWELTBERATUNG



Johannes Linhart,
Geschäftsführer der KLIMA-ALLIANZ,
Eine Initiative des SENAT DER WIRT-
SCHAFT Österreich.



Roman Türk,
Präsident Naturschutzbund



Peter Püspök,
Präsident Dachverband Erneuerbare
Energie Österreich



Hanna Simons,
Stellvertretende Geschäftsführerin &
Leiterin der Natur- und Umweltschutz-
abteilung, WWF Österreich



Carla Weinzierl,
Obfrau von ATTAC Österreich



Jakob Wieser,
Geschäftsführer Dreikönigsaktion –
Hilfswerk der Katholischen Jungschar



Martin Krenn,
Sprecher Allianz Klimagerechtigkeit



Hemma Opis-Pieber,
Sprecherin der Konferenz der kirchli-
chen Umweltbeauftragten Österreichs

Quellen:

- 1) Vgl. TU Wien (2018): Wärmezukunft 2050
- 2) https://www.omv.com/portal/01/com/omv/OMV_Group/sustainability/Code_of_Conduct/!ut/p/b0/04_Sj9CPykssy0xPLM-nMz0vMAFgjzOLNDSNxNjlwNjCz9jYJMDTyNfT1d3CzjN2dDPSDU_P0C7IdFQFX0LW7/
- 3) „Principle 8: undertake initiatives to promote greater environmental responsibility“

Rückfragehinweis:

Lydia Matzka-Saboi, GLOBAL 2000 Pressesprecherin, 0699 14 2000 26, lydia.matzka@global2000.at

Johannes Wahlmüller, GLOBAL 2000 Klima- und Energiesprecher, 0699 14 2000 41, johannes.wahlmueller@global2000.at